

## Zehnte Sitzung – Dixième séance

Montag, 19. Juni 1989, Nachmittag  
Lundi 19 juin 1989, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Iten

## Fragestunde – Heure des questions

**Präsident:** Ich begrüße Sie zur dritten Sessionswoche.

Zu Beginn darf ich dem FC Nationalrat – unter dem Captain Josef Kühne und unter dem Coach Roger Farinelli – zu seinem Erfolg am Fussballturnier vom vergangenen Samstag herzlich gratulieren. (Beifall)

Zur Fragestunde: Da Herr Bundesrat Koller unmittelbar im Anschluss an die Fragestunde an eine Ministertagung ins Ausland abreisen muss, beantrage ich Ihnen, die Fragen an das Justiz- und Polizeidepartement am Anfang zu behandeln. Sie sind damit einverstanden.

### Frage 66:

**Tschuppert. Kirchenbesetzung in Interlaken**  
**Occupation d'église à Interlaken**

*Zu Beginn dieses Jahres hat in Interlaken eine Kirchenbesetzung mit Hungerstreik stattgefunden.*

*Ist dem Bund für diese Aktion Rechnung gestellt worden, und allenfalls für was?*

*Gedenkt der Bund diese Rechnung zu bezahlen?*

**Bundesrat Koller:** Ende Januar 1989 verliess eine Gruppe von türkischen Asylgesuchstellern den ihnen zugewiesenen Aufenthaltsort in einem Aufnahmезentrum, besetzte die Schlosskirche Interlaken und führte einen Hungerstreik durch. Nach Abschluss der Aktion stellte der Kirchgemeinderat dem Delegierten für das Flüchtlingswesen Rechnung im Betrage von rund 11 000 Franken. Darin enthalten sind u. a. Auslagen für Lebensmittel, Getränke, Haushaltartikel, Dolmetscherkosten, Betreuerentschädigungen, Kosten für Brandwache usw. Der Delegierte übernahm lediglich Kosten im Umfang von Fr. 3467.70, die auch im Aufnahmезentrum angefallen wären.

### Question 67:

**Aubry. Aufnahme von vietnamesischen Flüchtlingen**  
**Acceptation de réfugiés vietnamiens**

*Le 7 septembre 1988, le Conseil fédéral répondait par la négative à mon interpellation demandant d'accepter un contingent extraordinaire de boatpeople vietnamiens dans le cadre d'une action européenne de «médecins sans frontière».*

*Lors de la Conférence sur les réfugiés indochinois qui s'est tenue la semaine dernière à Genève, le conseiller fédéral Felber a déclaré que «la Suisse a l'intention d'offrir un nombre supplémentaire de places aux réfugiés indochinois».*

*Le Conseil fédéral peut-il préciser combien de réfugiés indochinois seront acceptés en Suisse?*

*Quelle part la Suisse prend-elle envers le HCR pour soutenir financièrement les camps de réfugiés situés sur le sol thaïlandais?*

**Bundesrat Koller:** Anlässlich der Indochina-Konferenz in Genf vom 13. und 14. Juni haben die Teilnehmerstaaten anhand eines generellen Aktionsplanes u. a. die Wiedereingliederung von gegen 50 000 Indochina-Flüchtlingen genehmigt. Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge hat die Schweiz um die Aufnahme von 300 Personen während eines Zeitraums von drei Jahren angefragt.

Die Schweiz wird diese Anfrage im Rahmen des anfangs dieses Jahres bewilligten Kontingentes für Flüchtlinge aus Erstasyl-Aufnahmestaaten positiv beantworten. Die Schweiz beteiligt sich an der Flüchtlingshilfe in Thailand durch ihren allgemeinen Beitrag an das UNHCR (8 Millionen Franken für das Jahr 1989). Zusätzlich finanziert sie spezifische Programme, wie das Programm zur Bekämpfung der Piraterie (mit 200 000 Franken). Weiter unterstützt sie die Khmer in den Lagern in Thailand durch UNDRO, IKRK und Caritas im Betrage von 2,3 Millionen Franken. In diesen Lagern sind zwischen 13 000 bis 14 000 Vietnamesen untergebracht, aber auch 330 000 Khmer, die nicht unter dem Schutz des UNHCR stehen.

### Frage 68:

**Bär. Verletzung der Menschenrechte in der Türkei und türkische Flüchtlinge**

**Violation des droits de l'homme en Turquie et réfugiés turcs**

*Sieben unabhängige Delegationen aus der Schweiz haben seit letztem Sommer in der Türkei massive Verletzungen der Menschenrechte festgestellt.*

*Bundesrat Felber hat diese Aussagen vor dem Nationalrat bestätigt und dabei erklärt, die Schweiz prüfe, ob sie beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Türkei einreichen wolle.*

*Drängt sich aufgrund dieser gravierenden Tatsachen nicht eine andere Beurteilung der Asylgesuche von türkischen Flüchtlingen auf?*

**Bundesrat Koller:** Es ist bekannt, dass in der Türkei Menschenrechtsverletzungen begangen und Personen im Sinne der Flüchtlingskonvention und des Asylgesetzes verfolgt werden. In der Türkei Verfolgten wird daher in der Schweiz Asyl gewährt. Die nach wie vor schwierige Menschenrechtslage bedeutet hingegen nicht, dass generell alle oder Gruppen von Asylbewerbern aus diesem Lande die Voraussetzungen zur Asylgewährung erfüllen würden. Demzufolge wird jedes Asylgesuch individuell geprüft. An dieser Praxis ist festzuhalten.

### Question 69:

**Spielmann. Spielsucht in der Schweiz**

**Passion du jeu**

*Selon des études et des statistiques récemment publiées, en Allemagne et en Angleterre, le jeu devient avec la toxicomanie le second motif de la petite délinquance, un délinquant sur deux serait dépendant du jeu. En Suisse 14 cantons ont autorisé les machines à sous. Une initiative populaire cantonale vient d'aboutir à Zurich pour leur interdiction totale.*

*Le Conseil fédéral peut-il confirmer ces études et les chiffres inquiétants publiés? La situation décrite dans ces études est-elle similaire en Suisse et si oui, le Conseil fédéral envisage-t-il de prendre des mesures sur le plan fédéral?*

**Bundesrat Koller:** Einleitend möchte der Bundesrat festhalten, dass uns die von Herrn Spielmann erwähnte Studie nicht bekannt ist. In den 13 Kantonen, in denen Geldspielapparate zugelassen sind, stehen derzeit etwa 10 000 Geldspielautomaten in Betrieb. Der jährliche Umsatz dieser Automaten wird auf 300 bis 400 Millionen Franken geschätzt, wobei durchschnittlich 80 Prozent der geleisteten Spieleinsätze als Gewinne an die Spieler ausbezahlt werden.

Gemäss Artikel 3 des einschlägigen Bundesgesetzes über die Spielbanken werden lediglich Geldspielautomaten zugelassen, deren Spielausgang ganz oder vorwiegend von der Geschicklichkeit des Spielers abhängig ist. Fälle, in denen solche Apparate für das reine Glücksspiel um Geldgewinn verwendet worden wären, sind uns bis heute nicht bekannt geworden.

Die Gründe, die zu der im Kanton Zürich eingereichten Initiative «Totales Verbot von Geldspielapparaten» geführt haben, sind neben der Spielsucht vor allem in der grossen Massierung der Spielalons und in den damit verbundenen Umtrieben in der Stadt und im Kanton Zürich zu erblicken.

Nach Auskunft des Jugendsekretariats in Zürich sind bis heute einzelne Fälle der Spielsucht als Nebenerscheinung von Alkoholismus und Drogensucht bekanntgeworden. Nach Meinung des Sozialdienstes des Kantons Zürich stellen zu-

mindest im Raume Zürich die illegalen Spielclubs ein Problem dar. Diese Amtsstelle befasst sich regelmässig mit spielsüchtigen Bürgern, die in solchen Clubs, aber auch in den grenznahen Spielcasinos im Ausland ihr Geld verspielen.

Spielbanken in der Schweiz, das Boulespiel mit einem Höchsteinsatz von 5 Franken in unseren Kursälen ausgenommen, sind gemäss Artikel 1 des Spielbankengesetzes verboten. Solche illegale Spielbanken werden durch die Polizei geschlossen und die Verantwortlichen dem zuständigen Richter überwiesen.

Im jetzigen Zeitpunkt drängen sich auf Bundesebene keine weiteren Massnahmen auf.

#### Frage 70:

##### **Danuser. Ausländerrecht. Auslegung Législation sur les étrangers. Interprétation**

*Hat der Bundesrat Kenntnis von der zweijährigen Einreiseperrre für eine in Konstanz wohnhafte Italienerin, die, ohne sich ihrer Schuld bewusst zu sein, für eine deutsche Firma im schweizerischen Kreuzlingen jeweils eine Stunde pro Tag ohne Arbeitsbewilligung putzte? Billigt er diese Auslegung des Ausländerrechts im Hinblick auf die europäische Integration? Wenn nicht, was gedenkt er zu tun?*

**Bundesrat Koller:** Nach dem Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer benötigen die zur Erwerbstätigkeit einreisenden Ausländer eine Bewilligung. Ueber Ausländer, die ohne Bewilligung arbeiten, kann das Bundesamt für Ausländerfragen eine Einreiseperrre verhängen.

Die Frage von Frau Nationalrätin Danuser bezieht sich auf eine italienische Staatsangehörige, die während rund drei Jahren ohne Bewilligung stundenweise in der Schweiz gearbeitet hat. Gegen die Einreiseperrre-Verfügung ist beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zurzeit ein Beschwerdeverfahren hängig.

Die Auswirkungen des freien Personenverkehrs in den Europäischen Gemeinschaften auf die schweizerische Ausländerpolitik werden gegenwärtig geprüft. Die Rechtmässigkeit und die Verhältnismässigkeit der angefochtenen Verfügung richten sich indessen ausschliesslich nach schweizerischem Recht.

#### Frage 55:

##### **Meier Fritz. Kambodscha, Diplomatische Beziehungen Relations diplomatiques avec le Cambodge**

*Warum anerkennt der Bundesrat immer noch die Pol-Pot-Nachfolger als Vertreter Kambodschas?*

*Aus Rücksicht auf die Uno?*

*Aus Rücksicht auf China?*

*Ist der Bundesrat bereit, die diplomatischen Beziehungen zu den Steinzeit-Kommunisten Pol-Pots abzubrechen und die real in Phnom Penh existierende Regierung anzuerkennen?*

**M. Felber,** conseiller fédéral: La Suisse a reconnu le Cambodge le 3 septembre 1957 et a entretenu des relations diplomatiques avec ce pays depuis 1963, en accréditant à Phnom Penh son ambassadeur à Djakarta puis à Pékin. Depuis l'invasion vietnamienne en 1979, la Suisse a gelé de facto ses relations avec le Cambodge qu'elle considère comme un pays occupé, gouverné par des dirigeants mis en place par l'occupant. La Suisse n'entretient de relations officielles ni avec le régime de Phnom Penh ni avec la coalition du Kampuchéa démocratique. Nous avons cependant des contacts informels occasionnels avec des représentants de cette dernière qui est internationalement reconnue comme le représentant légitime du Cambodge, contacts qui s'inscrivent dans le cadre général de notre politique de disponibilité.

Il paraît utile de préciser ici que le Kampuchéa démocratique est une coalition qui, en tant que telle, rassemble les trois tendances principales de l'opposition cambodgienne à l'occupation vietnamienne, à savoir non seulement les Khmers rouges, mais aussi les deux mouvements d'inspiration libérale et démocratique du prince Norodom Sihanouk et de M. Son Sann.

C'est en toute indépendance que la Suisse détermine son atti-

tude à l'égard d'un pays, compte tenu des principes généraux de sa politique étrangère et du droit des gens ainsi que du contexte international. En l'occurrence, la dynamique nouvelle imprimée à la question cambodgienne par l'amélioration des relations Est-Ouest laisse bien augurer des possibilités d'un règlement politique au Cambodge.

Le Conseil fédéral suit donc avec la plus grande attention l'évolution du processus en cours, en espérant vivement que la solution tant attendue de la question cambodgienne permettra de normaliser nos relations avec un Cambodge démocratique le plus rapidement possible.

#### Question 56:

##### **Longet. Verschlimmerung der Lage in Rumänien Situation en Roumanie. Aggravation**

*Selon diverses informations, en dépit de toutes les protestations internationales, les projets de destruction de villages et de déplacement forcé de population se poursuivent de plus belle.*

*Le Conseil fédéral est-il en mesure de confirmer ces informations? Quelles possibilités d'interventions supplémentaires de la part de notre pays voit-il?*

**M. Felber,** conseiller fédéral: Selon les renseignements qu'il tient de différentes sources et notamment de notre ambassade à Bucarest, le Conseil fédéral ne dispose pas d'indications qui feraient conclure à une intensification dans la mise en oeuvre du programme dit de systématisation en Roumanie.

Les villages détruits à ce jour ne seraient pas nombreux, bien que le regroupement des populations rurales dans de nouveaux centres agro-industriels semble bien constituer l'un des buts principaux de ladite politique de systématisation. Plus que par la destruction physique des villages existants, les autorités roumaines paraissent décidées à parvenir à leurs fins par une stratégie d'abandon, voire d'étranglement progressif des anciens centres habités, aussi bien dans les zones rurales qu'aux abords des villes.

Cela étant, il convient de rappeler qu'à la suite de l'appel lancé par le Conseil fédéral en octobre de l'année dernière dans cette enceinte aux autorités roumaines, afin qu'elles reconsidèrent leur projet de mise en oeuvre du plan de systématisation, notre diplomatie n'a jamais manqué jusqu'ici aucune occasion pour intervenir dans le même sens et de la manière la plus explicite auprès des représentants officiels de la Roumanie, et cela tant sur le plan bilatéral que multilatéral. Cela a été le cas, notamment dans le cadre de la CSCE à Vienne, lors du récent forum sur l'information à Londres, et lors de la réunion de la CSCE sur la dimension humaine, qui se déroule actuellement encore à Paris.

Par ailleurs, c'est avec satisfaction que nous avons appris qu'une délégation de l'UNESCO a récemment pu se rendre en Roumanie pour y effectuer une mission de reconnaissance. Cette mission s'est déroulée sans entrave de la part des autorités roumaines. Les résultats de cette enquête ne seront connus qu'au mois de septembre prochain.

#### Frage 57:

##### **Bäumlin Ursula. Verletzung der Menschenrechte im türkischen Kurdistan**

##### **Violation des droits de l'homme au Kurdistan turc**

*Ein kurdischer Asylbewerber aus der Region Karamanmaraş wurde diesen Frühling im Kanton Bern aus seinem Versteck geholt und in Ausschaffungshaft genommen, vor Gericht gebüsst und nach Istanbul ausgeschafft. Nach einem brutalen 24stündigen Verhör kehrte er nach Hause zurück, wo er seitdem samt seiner Familie in einem Grade von Polizei und Militär belästigt wurde (unter anderem eine Woche Gefängnis und Folter, um Namen zu erpressen), dass er sich in die Berge in ein Versteck abgesetzt hat. Diese Informationen sind durch schweizerische Abklärungen am Ort verifiziert worden.*

*Nachdem anlässlich des Geschäftsberichts Bundesrat Felber seiner Besorgnis über die Menschenrechtssituation in der Türkei Ausdruck gegeben hat, frage ich den Bundesrat, ob er auch zuhanden des DFW eine angemessene Neubeurtei-*

*lung der Gefährdung der Bevölkerung in türkisch Kurdistan vorzunehmen bereit ist?*

**M. Felber**, conseiller fédéral: Le délégué aux réfugiés examine régulièrement la situation dans les Etats d'origine des requérants d'asile. Le Département fédéral des affaires étrangères n'est pas seulement associé à la phase finale de ces analyses, mais il fournit en tout temps les éléments d'appréciation. En outre, notre département prend l'initiative d'informer le délégué aux réfugiés chaque fois que la situation politique d'un de ces pays se modifie de manière significative.

Le dernier examen de la situation en Turquie a eu lieu à mi-mai de cette année. Des premiers résultats, nous pouvons conclure que la situation en Turquie varie de province en province et de ville en ville, ce qui nous encourage, au Département des affaires étrangères, à être extrêmement prudents quant aux avis que nous communiquons au délégué du Conseil fédéral pour les réfugiés.

#### **Question 58:**

##### **Coutau. Rauchen und Sterblichkeit Mortalité due au tabac**

*Pour donner suite aux recommandations de l'OMS, l'Office fédéral de la santé publique a édité une brochure intitulée «La mortalité due au tabac en Suisse». Cette publication relève davantage du pamphlet que d'une information fondée sur les dangers effectifs du tabagisme. Plusieurs des affirmations qu'elle contient ont été formellement démenties par un expert reconnu, le Professeur P. Atteslander.*

*Qui a rédigé cette brochure? Quelle en a été la diffusion? Par quel cheminement a-t-elle pu obtenir le sceau de l'officialité fédérale et cantonale? Est-ce de cette façon que l'OFSS entend créer et entretenir la nécessaire confiance des partenaires de la commission fédérale du tabac, qui ont été tenus dans la totale ignorance de ce projet? Le Conseil fédéral confirme-t-il aujourd'hui tous les termes de cette publication? Sinon, comment entend-il s'en distancer?*

**M. Cotti**, conseiller fédéral: Le corps médical unanime, Monsieur Coutau, reconnaît l'existence du rapport scientifique de causalité entre la fumée du tabac et certaines maladies graves, comme par exemple, ce que chacun sait, le cancer du poumon ou les affections circulatoires. Il est donc essentiel qu'une information correcte et fondée soit à la base de toute action qui se veuille libérale et qui n'impose pas, dans ce secteur, ce qui ne saurait être imposé. C'est dans le cadre de cette information que l'Office fédéral de la santé publique, d'entente avec la conférence regroupant tous les conseillers d'Etat responsables à l'échelon cantonal, a publié le bulletin que vous contestez. Ces données, qui m'ont été signalées par l'office précité, qui d'ailleurs a signé le dossier et en est le coresponsable, sont correctes; elles ont été discutées avec d'éminents professeurs de réputation nationale. Bien entendu, il est possible de contester ces chiffres. Je ne saurais vous indiquer un seul cas où les scientifiques sont unanimes.

Indépendamment des discussions scientifiques à propos desquelles je ne saurais tirer de conclusions, il aurait été utile, voire nécessaire de signaler à la Commission consultative du Conseil fédéral, en matière de tabac, que la publication était en voie de réalisation; sur ce point, je partage entièrement vos remarques. J'ai tenu à réunir au sein de cette commission non seulement les adversaires mais aussi ceux qui, de par leur profession, soutiennent la production et la distribution du tabac; il aurait été utile que ces personnes puissent se prononcer dans le cadre de la commission. Je signale tout de même que, pour en revenir au contenu de la brochure, ce sont les seuls qui contestent son contenu.

**M. Coutau**: Je remercie M. Cotti de sa réponse. Il n'était, bien entendu, nullement dans mon intention de contester la relation qui existe entre l'abus du tabac et un certain nombre d'affections graves pour la santé. Ce que je conteste en revanche, ce sont les chiffres contenus dans ce document et qui, effectivement, peuvent faire l'objet de controverses scientifiques entre différents experts.

La question complémentaire que je me permets de poser est celle de savoir, Monsieur le conseiller fédéral, si, *a posteriori*, vous ne pourriez pas, néanmoins, au titre de cette concertation que vous avez voulu instituer entre les différents milieux intéressés à la question du tabac, remettre ce document sur le bureau de cette commission, de façon à ce que cette même concertation puisse s'opérer.

**M. Cotti**, conseiller fédéral: Je répète que le document est publié avec l'aval de l'office, mais rien n'empêche, naturellement, Monsieur Coutau, que les membres de la commission, qui ne sont pas d'accord avec le contenu de ce dossier, puissent le signaler, le cas échéant, au sein de la commission elle-même.

#### **Frage 59:**

##### **Morf. Ministerkonferenz vom 4./5. Juli 1989 in Wien Conférence ministérielle de Vienne du 4/5 juillet 1989**

*Anfangs Juli wird in Wien unter der Aegide des Europarates die zweite Fachministerkonferenz zum Thema «Gleiche Rechte für Mann und Frau» stattfinden. Die meisten der 23 Teilnehmerstaaten haben Ministerien oder Staatssekretäre für Frauenfragen. Wer wird in Wien die Schweiz vertreten? Welche Impulse wird die Schweiz mit ihrem Beitrag auszulösen versuchen bei den drei zur Behandlung stehenden Themen «Integration der Gleichberechtigungsfragen in die gesamte Regierungspolitik», «Praktische Umsetzung der in nationalen Gesetzgebungen und internationalen Abkommen vorgesehenen Massnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung», «Verantwortlichkeit der politischen Entscheidungsträger für Massnahmen, die es Frauen und Männern erlauben, Beruf, Privatleben und familiäre und elterliche Verpflichtungen besser aufeinander abzustimmen»? Auf welche Art und Weise wird der Bundesrat die interessierten Kreise (Parlament, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen) über die Resultate dieser Fachministerkonferenz informieren?*

**Bundesrat Cotti**: Der Bundesrat, Frau Morf, wird nächste Woche über die Zusammensetzung der Delegation befinden. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Anträge des EDI in die Richtung gehen, dass die Kommission von der Präsidentin der Eidgenössischen Frauenkommission geleitet wird. Inhaltliche Schwerpunkte der Schweizer Beiträge in Wien werden voraussichtlich folgende sein: Austausch der Erfahrungen bei der Verwirklichung der Strategien, die an der Welt-Frauenkonferenz in Nairobi verabschiedet worden sind; Darlegung unserer Bemühungen um die Lohngleichheit als Teil der integralen Politik der Chancengleichheit; Schilderung der Tätigkeit, mindestens der Anfänge der Tätigkeit, des neu eingesetzten Büros für Gleichstellung zwischen Frau und Mann. Die an der Konferenz zu verabschiedende Resolution wie auch die übrigen Konferenzergebnisse werden im Anschluss wie üblich den interessierten Kreisen zugänglich gemacht.

#### **Frage 60:**

##### **Dünki. 10. AHV-Revision 10e révision de l'AVS**

*Wann beabsichtigt der Bundesrat die Botschaft zur 10. AHV-Revision zu verabschieden und den eidgenössischen Räten zuzustellen?*

**Bundesrat Cotti**: Wie mehrfach mitgeteilt und auch in den Regierungsrichtlinien angekündigt, wird die Botschaft im Verlauf der ersten Hälfte der Legislatur ans Parlament weitergeleitet. Wir denken an eine Behandlung im Bundesrat im September und an eine Weiterleitung an das Parlament im Oktober.

#### **Frage 61:**

##### **Reimann Maximilian. Eishockey-WM 1990: Defizitgarantie des Bundes**

##### **Championnats du monde de hockey sur glace 1990. Garantie fédérale à la couverture du déficit**

*Trifft es zu, dass sich der Bund als Defizitgarant in die Eishockey-WM von 1990 in Bern und Freiburg einbeziehen lassen will? Welcher Betrag ist hierfür vorgesehen? Hält es der Bundesrat grundsätzlich für richtig, dass Steuergelder zur Finanze-*

zung eines Spitzensportanlasses aufgewendet werden, nachdem einige analoge Volksabstimmungen jüngerer Datums auf Kantons- und Gemeindeebene eher gegenteilige Ergebnisse zeigten?

Bundesrat **Cotti**: Das Gesuch des Organisationskomitees der Eishockeyweltmeisterschaft ist am 7. Juni 1989 eingetroffen. Es wurden zurzeit bereits folgende Defizitgarantien für diesen Anlass zugesichert: Stadt und Kanton Bern je 650 000 Franken, Stadt und Kanton Freiburg je 50 000 Franken. Die Defizitgarantien werden aufgrund der gesetzlichen Regelung zugestanden, im Sinne einer Anerkennung der positiven Auswirkungen des Spitzensportes auf den Breitensport, wobei selbstverständlich insbesondere an jene Sportarten gedacht wird, die diese Garantien nötig haben. Der Bundesrat wird, ohne hier schon Stellung nehmen zu können, dem Gesuch unter diesen beiden Gesichtspunkten volle Aufmerksamkeit schenken.

#### Frage 62:

##### **Fierz. Verschleppung einer Untersuchung durch das BAG** **Enquête à la charge de l'Office de la santé publique.** **Manque de diligence**

Gemäss «Tages-Anzeiger» vom 14. Juni 1989 wurde bei Feuerwehr- und Strahlenschutzübungen in Riedikon/ZH, Basel und Kriens/LU im Frühjahr 1988 radioaktives Caesium aus einer defekten Exerzierquelle freigesetzt, die ohne Bewilligung verwendet worden war. Obschon das BAG seit einem Jahr davon Kenntnis hatte, leitete es die Akten erst im Januar 1989 an die Bundesanwaltschaft weiter, die das Verfahren wegen Verjährung im Mai 1989 einstellen musste. Wie erklärt der Bundesrat die Verschleppung der Untersuchung durch das BAG?

Bundesrat **Cotti**: Im Juni 1988 hat das BAG davon Kenntnis erhalten, dass beim Einsatz von Cäsium 137 durch die Schule für Strahlenschutz des Paul-Scherrer-Instituts bei Feuerwehrübungen drei Übungsplätze, wenn auch nur sehr leicht, kontaminiert wurden. Die technischen Abklärungen waren Mitte August 1988 abgeschlossen. Es hat sicher zu lange gedauert, bis im Januar 1989 das Dossier zur strafrechtlichen Abklärung der Bundesanwaltschaft übergeben worden ist. Diese hat unverzüglich ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren eröffnet. Die Schule für Strahlenschutz besass zwar eine Bewilligung, die sich jedoch nicht auf den Einsatz von Cäsium-137-Quellen erstreckte. Man ging davon aus, dass sich keine Pflicht zur Einholung einer neuen Bewilligung aus der Strahlenschutzverordnung ergab. Vielmehr hätte nach der damaligen Meinung eine blosser Meldung der Verwendung dieser Quellen genügt. Diese Meldung wurde zwar unterlassen. Da diese Unterlassung nach Ansicht der Bundesanwaltschaft aber vor dem ersten Einsatz der Quellen im September 1987 begangen wurde, musste die Bundesanwaltschaft am 22. Mai 1989 das Verfahren einstellen. Das ist bedauerlich. Immerhin ist aus dem ganzen Geschehnis eine Lehre zu ziehen: Auch die Quelle Cäsium muss einbezogen werden. Das BAG ist daran, dieses Problem zu regeln.

#### Question 63:

##### **Cavadini. Luganer- und Langensee. Abwasserreinigung** **Lac de Lugano et lac Majeur. Dépollution des eaux**

Dans son rapport 1986, la Commission internationale pour la protection des eaux italo-suissees signalait un retard dans les travaux destinés à protéger les eaux du lac de Lugano et du lac Majeur, surtout de la part de la région lombarde, à la suite des interventions suisses, et du Piémont.

Il ne sera possible d'améliorer la qualité des eaux de ces lacs, notamment du lac de Lugano, que si toutes les eaux qui entrent sont épurées. On constate de gros retards chez nos voisins italiens et l'on ignore quand les travaux pourront s'achever.

C'est pourquoi je prie le Conseil fédéral de dire s'il n'estime

pas opportun de rappeler aux autorités italiennes compétentes l'urgence absolue des mesures d'épuration des eaux qui se déversent dans le lac de Lugano et dans le lac Majeur.

**Cotti**, consigliere federale: Il Consiglio federale, sig. Cavadini, ha le medesime preoccupazioni, che sono le sue, perché, lei lo sa, attualmente soltanto il 20 per cento della popolazione del bacino italiano del lago Maggiore è raccordato a stazioni di depurazione. Questa percentuale è del 30 per cento per quanto riguarda la popolazione del bacino italiano del Ceresio. Per la popolazione svizzera le percentuali, non sempre ancora soddisfacenti, sono del 62 per cento rispettivamente dell'85 per cento.

Nella prima riunione tripartita franco-italo-svizzera di Locarno dell'ottobre scorso, avevo segnalato questa nostra particolare preoccupazione al ministro e collega italiano on. Ruffolo, il quale mi ha assicurato del suo interessamento.

Le segnalo anche che la delegazione svizzera della Commissione internazionale per la protezione delle acque italo-svizzere – il qui presente on. Caccia lo potrà confermare – regolarmente segnala all'autorità italiana questo squilibrio che è lungo dall'essere risolto.

Le confermo che il Consiglio federale intende continuare a battere il chiodo a questo proposito.

#### Frage 64:

##### **Spälti. Umweltgipfel der Mitteleuropäer** **Défense de l'environnement. Sommet des pays d'Europe centrale**

Die CSSR, Oesterreich, die BRD, die DDR, Polen, Ungarn und die UdSSR haben kürzlich verlaublich, in absehbarer Zeit einen Umweltgipfel durchzuführen.

Wird die Schweiz an einem solchen Gipfel teilnehmen?

Bundesrat **Cotti**: Der erste Umweltgipfel der mitteleuropäischen Staaten hat Ende Mai in Prag stattgefunden. Vertreten waren neben den sozialistischen Staaten auch die angrenzenden westeuropäischen Länder, nämlich die Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich. Die Schlussfolgerungen der Konferenz werden im Rahmen der ECE, der Europäischen Wirtschaftskommission der Uno, geprüft. Die Schweiz hat über das Buwal bereits bilateral mit den am Gipfel teilnehmenden Staaten Kontakt aufgenommen und beabsichtigt, sofern sie eingeladen wird, an den künftigen Treffen ebenfalls teilzunehmen. Nach den jüngsten Mitteilungen sollen nur die angrenzenden Staaten zusammengerufen werden; man will die Konferenz nicht weiter Richtung Westen erweitern.

#### Frage 65:

##### **Ulrich. Musikautomaten-Museum in Seewen** **Automates à musique. Musée de Seewen**

In Seewen besteht eine einzigartige Sammlung von Musikautomaten. Es besteht die Gefahr, dass diese Sammlung nach dem Tod des Besitzers auseinanderfällt oder ins Ausland verkauft wird.

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um diese Sammlung der Schweiz zu erhalten?

Bundesrat **Cotti**: Die Bedeutung dieser internationalen Sammlung ist dem Bundesrat schon lange klar. Weil wir keinen Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung haben, sind die Möglichkeiten des Bundesrates, wenn wir diese fehlende Verfassungsgrundlage ernst nehmen, sehr begrenzt. So ist es zum Beispiel nach heutiger Meinung des Bundesrates verfassungsrechtlich nicht möglich, regelmässige Betriebsbeiträge an Museen zu entrichten, die nicht im Besitze des Bundes sind. Aus diesem Grunde werden gegenwärtig mit dem Kanton Solothurn und dem Besitzer andere mögliche Lösungen geprüft, die im Rahmen der auch in diesem Rat oft erläuterten heutigen Praxis des Bundesrates abgedeckt werden können. Der Bundesrat wird bei der Beantwortung der bereits letzte Woche eingereichten Motion von Herrn Nationalrat Peter Hänggi die vorgesehenen Lösungsmöglichkeiten näher

vorstellen können. Bis zu diesem Zeitpunkt bitte ich Sie um etwas Geduld. Die Behandlung dieser Frage wird dann natürlich umfassender sein als meine heutige Antwort.

#### Frage 71:

**Meier Fritz. Personenwagen und Nutzfahrzeuge für die Armee**

**Acquisition par l'armée de voitures particulières et de véhicules utilitaires**

*Ist der Bundesrat bereit, bei der Beschaffung von Personenwagen und Nutzfahrzeugen für die Armee auch die hochqualifizierten Fabrikate aus dem Efta-Mitgliedland Schweden zu berücksichtigen?*

**Bundesrat Villiger:** Die Beschaffung von Personenwagen und Nutzfahrzeugen für die Armee und die Bundesverwaltung muss sich nach dem Gebot der Wirtschaftlichkeit richten, unter anderem aber auch nach dem Gebot der Umweltverträglichkeit. Im Interesse einer rationellen Unterhaltsorganisation ist eine Beschränkung auf möglichst wenige Fahrzeughersteller und Fahrzeugtypen unerlässlich. Für den Bezug ziviler Ressourcen ist überdies der Verbreitungsgrad von Fahrzeugen in unserem Land wichtig. Eine Flottenpolitik, die primär auf eine anteilmässige Aufteilung auf verschiedene ausländische Fahrzeughersteller ausgerichtet wäre, würde jeder Wirtschaftlichkeit widersprechen. Bei Neubeschaffungen – wie gegenwärtig für einen geländegängigen 4-Tonnen-Lastwagen der Armee – wird die Vorprüfung aber immer auf sämtliche in Frage kommenden Fahrzeugtypen ausgedehnt. Tatsächlich waren auch die vom Fragesteller besonders angesprochenen Volvo dabei. Bei der Verengung auf zwei Konkurrenztypen schied dieses Fahrzeug allerdings aus.

#### Frage 72:

**Hafner Rudolf. Beitrag an Lehrmittel zum Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit «Diamant»**

**Ouvrages scolaires sur la Deuxième Guerre mondiale. Contribution fédérale**

*Ist der Bundesrat definitiv bereit, auf einen Beitrag an das geplante Lehrmittel zum Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit «Diamant» zu verzichten, wie das der Vorsteher des EMD bereits versprochen hat?*

**Bundesrat Villiger:** Ein Lehrmittelpaket zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges für die Oberstufe und die Berufsschulen wird gegenwärtig, im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und dem Biga, vom Lehrmittelverlag St. Gallen erarbeitet. Es wird kaum vor Anfang des nächsten Jahres fertiggestellt sein. Ursprünglich war beabsichtigt, dass der Bund finanziell dazu beitragen sollte. Der Nachtragskredit für «Diamant» enthält aber keine Mittel für diesen Zweck, und es wird auf den Einsatz von Bundesgeldern verzichtet.

#### Frage 73:

**Neuenschwander. Ausfuhrverbot für Schrott**

**Déchets et débris de fer et d'acier. Interdiction à l'exportation**

*Gemäss Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen und Verordnung über Warenausfuhr vom 7. März 1983 besteht ein Ausfuhrverbot für Eisen- und Stahlschrott (Tarifnummer 7303.10/20).*

*1. Wird für die Inland-Schrott-Wiederverwertung eine laufende Abnahme mit zumutbarem Preis garantiert?*

*2. Wie beurteilt der Bundesrat den gesetzlich eingeschränkten Schrotthandel im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt 1992?*

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: Un accord de droit privé, Monsieur Neuenschwander, régit l'utilisation de la ferraille de provenance suisse par les aciéries suisses et par les fonderies suisses. Cet accord a été passé entre les associations des consommateurs de ferraille, les associations du commerce de ferraille et les producteurs de ferraille ainsi que les exploitants de carcasses d'automobiles. Il oblige les parties contractantes à un flux continu de livraison et de prises en

charge. Il prévoit aussi la fixation de prix minimaux en fonction de prix indicatifs dans les pays voisins. Aussi longtemps que cette mesure – que nous pourrions qualifier de mesure d'entraide privée – reste en vigueur, il n'y a pas lieu d'intervenir sur ce marché. Par ailleurs, une commission consultative du Département de l'économie publique, dans laquelle sont représentées les organisations faitières de la branche et présidée par une personne neutre, est chargée de veiller à l'équilibre des intérêts évidemment divergents, pour ne pas dire parfois opposés, des participants au marché.

Le degré de libéralisation de l'exportation suisse de ferraille dépendra étroitement du régime qui sera pratiqué dans ce domaine après la réalisation du Marché unique de 1993 par la Communauté européenne du charbon et de l'acier à l'égard des pays tiers, en particulier à l'égard des pays de l'AELE, donc à l'égard de la Suisse.

#### Question 74:

**Spielmann. Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika**  
**Sanctions économiques contre l'Afrique du Sud**

*Face à la poursuite de la politique d'apartheid de nombreux pays ont décidé de prendre des sanctions économiques contre l'Afrique du Sud, simultanément les importations de diamants sudafricains en Suisse ont passé de 188,5 millions de francs par an en 1986 à 563,9 millions en 1988! Ces chiffres démontrent que notre pays, non seulement détourne les sanctions décidées par des Etats contre l'apartheid, mais tire profit de cette situation. Comment le Conseil fédéral justifie-t-il cette attitude et quelles sont les mesures qu'il va prendre pour y remédier?*

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: Je suis particulièrement heureux de pouvoir parler à M. Spielmann les yeux dans les yeux et de pouvoir lui dire que le Conseil fédéral a eu quelques occasions de traiter ce thème, notamment lorsqu'il a répondu – on m'avait dit à l'époque, trop longuement – à l'interpellation du groupe écologiste du 5 octobre 1988 en ce qui concerne l'augmentation des importations de diamants en provenance de l'Afrique australe.

Je voudrais donc rappeler l'essentiel, sans reprendre en détail ce débat, et dire à M. Spielmann que les chiffres, apparemment très différents en peu d'années, qu'il cite dans sa question urgente, s'expliquent pour une part importante du fait que les diamants d'Afrique australe transitaient, avant 1987, par la Grande-Bretagne et que, dorénavant, sinon dans leur totalité en tout cas dans une bonne partie de cette production, ils sont importés en Suisse directement d'Afrique du Sud, d'où un volume très impressionnant, très différent de ce qu'il était auparavant.

Je précise encore une seconde chose, à savoir qu'une partie de ces diamants réputés importés d'Afrique du Sud en Suisse provienne en réalité – nous ne pouvons pas l'affirmer d'une manière absolue mais il y a de fortes présomptions – du Botswana, suivant la filière de l'Afrique du Sud avant d'arriver en Suisse. Or, il s'agit là d'une production très importante puisque la production totale du Botswana dépasse celle de l'Afrique du Sud proprement dite.

Vous le savez, Monsieur Spielmann, et vous aussi Mesdames et Messieurs, que dans ses relations avec l'Afrique du Sud, le Conseil fédéral tient rigoureusement à appliquer le principe selon lequel il examinerait immédiatement des mesures à prendre s'il devait se révéler que le territoire suisse était utilisé pour contourner les sanctions convergentes envers l'Afrique du Sud que certains partenaires importants de la Suisse ont passées de leur côté. Ce principe de solidarité doit jouer et si nous avons quelques raisons de ne pas nous associer nous-mêmes à des mesures à prendre contre l'Afrique du Sud en matière commerciale, en revanche, nous avons à être parfaitement rigoureux, afin d'éviter de tenir une plate-forme, une espèce de court-circuitage, allant au détriment de ceux de nos partenaires économiques qui avaient souverainement de bonnes raisons de prendre de telles décisions de sanction contre l'Afrique du Sud. Or, et j'y insiste, mis à part les pays qui ont décrété un embargo intégral, c'est-à-dire le Danemark, la Suède et la Norvège, aucun Etat n'a pris des mesures à l'égard

de l'Afrique du Sud dans le domaine des diamants. Cela tient – il n'y a pas de miracles, Monsieur Spielmann – sans doute au fait que l'essentiel de la production des diamants était auparavant le fait de l'Afrique du Sud et que, le matériau étant indispensable à de nombreux partenaires de l'économie, on évitait de prendre des sanctions à ce propos. Le fait que l'Australie monte considérablement dans le firmament des producteurs de diamant y changera peut-être quelque chose. Mais, pour l'instant en tout cas, aucun Etat, hormis le Danemark, la Suède et la Norvège, n'a décrété un embargo intégral sur la production de l'Afrique du Sud et, en particulier, pas sur les diamants. Par conséquent, le fait que le volume des diamants importés en Suisse dont je vous ai expliqué les deux raisons de la croissance, ne représente en aucun cas une volonté de notre part ni une possibilité de contournement des sanctions qui sont prises par la plupart de nos partenaires commerciaux, nous pouvons répondre en toute tranquillité d'âme à la question posée.

**M. Spielmann:** Monsieur le Président de la Confédération, je vous remercie de la réponse que vous m'avez donnée, et je profite de cette occasion pour poser une question subsidiaire. Dans mon intervention, je désirais également poser une question concernant le commerce de l'or. Mais, à ma grande surprise, lorsque j'en ai parlé au Service de documentation, on m'a dit que ces chiffres étaient secrets, que le commerce avec l'Afrique du Sud était précisément soumis à ce secret, et étant donné que ce dernier doit être gardé, il n'est pas possible de donner connaissance des indications souhaitées.

Or, des recherches m'ont indiqué que ce secret et ce refus d'informer sur le commerce de l'or remontent à 1981 et que la motivation de cette interdiction était la confrontation des intérêts en présence – publicité d'une part et économie d'autre part – a fait pencher la balance pour la cessation des publications et l'interdiction de renseigner.

Par conséquent, je vous demande si, dans le domaine de l'or, la Suisse utilise le même processus que celui concernant le trafic des diamants.

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: Le processus en ce qui concerne l'or est différent. Je suis prêt à vous donner quelques renseignements «techniques» complémentaires qui vous éclaireront sur le commerce de l'or, qui obéit en réalité à d'autres règles et se fait selon des flux différents des flux nouveaux du diamant. C'est une question en soi que je suis prêt à pouvoir éclaircir à votre intention.

**Frage 75:**  
**Neukomm. Preisüberwachung**  
**Surveillance des prix**

*Ist der Bundesrat bereit, angesichts der seit Beginn dieses Jahres zunehmenden Teuerung die Preisüberwachung im Interesse der breiten Bevölkerung auf gewisse Zeit mit erweiterten Kompetenzen auszurüsten (gestützt auf den Konjunkturartikel 31quinquies der Bundesverfassung)? Die Preisüberwachung 1973–1978 könnte als Vorbild dienen.*

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: M. Neukomm adresse la question que l'on se pose face aux soubresauts de la situation économique d'aujourd'hui, plutôt positive, mais à court terme car, à moyen terme, un certain nombre de réflexions sont faites quant au maintien de la stabilité qui a été la marque de l'économie suisse pendant tant d'années.

Or, nous sommes manifestement en présence d'une situation d'une autre nature que celle que nous avons connue en 1972 et en 1975, lorsque l'on a pris des arrêtés fédéraux sur la surveillance des prix, qui étaient motivés essentiellement par des objectifs relevant de la politique conjoncturelle et qui constituaient, à l'époque, des mesures indispensables à la lutte contre le renchérissement.

Au contraire des années septante, le niveau d'inflation d'aujourd'hui ne nécessite certainement pas des mesures extraordinaires. Les dispositions qui ont été prises par la Banque nationale, quand même on peut discuter du caractère légèrement tardif de ces dispositions, quand même on aurait pu ima-

giner qu'il se créa moins de monnaie en 1988, nous paraissent devoir amener, à moyen terme en tout cas, le rétablissement de la situation en matière de renchérissement.

Le Conseil fédéral pense que le taux d'inflation, s'il n'a pas atteint son niveau le plus élevé, est en train de le faire, et que les perspectives d'une nouvelle augmentation sont peu probables, si tant est qu'elle devait se manifester. Cependant, le Conseil fédéral serait prêt à prendre les mesures qui s'imposent mais, pour l'instant, ces dernières seraient disproportionnées et certainement prématurées.

La surveillance des prix, fondée sur la politique de la concurrence, répond à ce qu'en attendent nos compatriotes. Elle est conforme à notre système économique, fondé sur le principe de la concurrence, et elle est particulièrement active dans les domaines où, précisément parce qu'il n'y a pas de concurrence, la répercussion du renchérissement est plus particulièrement facilitée et en quelque sorte engendrée.

Sa forme n'a pas été remise en question dans le cadre de la deuxième initiative déposée sur la surveillance des prix et des intérêts de crédits et, par conséquent, Monsieur Neukomm, dans l'état actuel des choses, nous ne voyons pas qu'il soit nécessaire d'engager des procédures extraordinaires, mais nous sommes prêts s'il devait se révéler qu'une telle intervention est nécessaire et qu'il faille réellement engager ce moyen supplémentaire.

**Frage 76:**  
**Schüle. EFTA-Ministertagung in Kristiansand**  
**Conférence des ministres de l'AELE de Kristiansand**  
*Wie sind die Ergebnisse der EFTA-Ministertagung in Kristiansand aus schweizerischer Sicht zu werten?*

**Frage 77:**  
**Mühlemann. Wohin treibt die EFTA?**  
**Conférence des ministres de l'AELE de Kristiansand**  
*1. Wie beurteilt der Bundesrat die Ergebnisse der EFTA-Ministerkonferenz im norwegischen Kristiansand vom 13./14. Juni 1989?*  
*2. Welche Möglichkeiten bestehen, um den Zerfall der EFTA zu verhindern?*

**Frage 78:**  
**Sager. Haltung der Schweiz am EFTA-Ministertreffen**  
**Conférence des ministres de l'AELE de Kristiansand**  
*Gemäss Pressemeldungen im Anschluss an die EFTA-Ministertagung von Kristiansand wurde die Schweiz als Bremser bezeichnet. Kann der Bundesrat Auskunft geben über die von seinem Vertreter eingenommene Haltung?*

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: Je répondrai en un seul bloc, non seulement à la question de M. Schüle, mais aussi à celles de MM. Mühlemann et Sager, car toutes trois ont trait à la Conférence des ministres de l'AELE, qui s'est tenue la semaine dernière en Norvège.

Ma réponse se divise en trois points, à l'intention des interpellateurs. Tout d'abord, je remarquerai que les résultats de cette ministérielle sont, dans l'ensemble, positifs, en ce sens que non seulement des annonces de progrès mais des réalités ont pu être observées et enregistrées en matière d'efficacité de l'AELE, et s'agissant des relations entre les pays de l'AELE et les Communautés économiques. Il est bien clair que tout dépend de savoir où l'on situait l'espoir d'une telle conférence. Celle-ci n'intervenait que trois mois après le sommet d'Oslo qui regroupait les chefs de gouvernement des six pays de l'AELE et alors que le dialogue «New look» entre les pays de l'AELE et la commission des Communautés sur la possibilité de relations plus structurées n'en est qu'à ces tout débuts. S'il est à ses débuts, cela tient pour l'essentiel au fait que les Communautés, engagées dans un processus intérieur très exigeant, n'ont pas encore pu donner toute leur attention, toute leur imagination et tout leur temps à régler le problème des relations entre elles et l'AELE, tel qu'on l'a défini à Bruxelles quelques jours après le sommet d'Oslo.

Il serait donc parfaitement candide d'imaginer que l'on puisse tirer des conclusions, aujourd'hui déjà, sur les suites à donner

à ce dialogue. L'attitude suisse, qui consiste à faire dépendre des résultats de ce dialogue la réponse définitive à une nouvelle approche, est parfois interprétée à tort comme étant une politique de freinage. La Communauté entend, de son côté aussi, attendre les résultats du dialogue en cours avant de se fixer.

Nous précisons donc – cela a d'ailleurs été rappelé très clairement par nos collègues de l'AELE – que tant et aussi longtemps que ces nouvelles méthodes n'ont pas été découvertes, mises en place et rodées, l'approche dite du Luxembourg garde entre la Communauté et les pays de l'AELE toute sa valeur. Elle est d'ailleurs développée avec force et insistance de part et d'autre. Voilà le premier point qu'il faut relever à propos de la rencontre de Kristiansand.

Ensuite, dans cette approche des pays de l'AELE face à la Communauté européenne, nous devons en effet conduire avec vigueur les efforts qui nous permettront de trouver une base commune plus rigoureuse, plus efficace, plus systématique, avant tout. Les travaux préparatoires au sein de l'AELE ne progressent pas seulement convenablement mais bien. Les points de départ, les situations objectives, les intérêts des différents pays de l'AELE sont bien entendu fort différents dans de nombreux domaines. Mais, si la Suisse veut s'associer solidairement à une approche d'ensemble des pays de l'AELE et si elle fait plus que des propositions dans ce sens, elle tient tout de même à maintenir le respect des différences, dans la mesure où les intérêts de ces pays ne sont pas sur tous les points, je le répète, parfaitement convergents.

La troisième réflexion consiste à rappeler que, ni avant ni à Kristiansand même, la Suisse n'a freiné les travaux de l'AELE. Elle a donné son accord à plusieurs mesures destinées à rendre son travail plus efficace et s'est engagée avec beaucoup d'ouverture dans le dialogue du suivi de Bruxelles.

Mais, je crois que la Suisse n'entend pas tirer de conclusions hâtives et définitives sur les résultats d'un processus qui ne vient que de commencer. Et nous voulons, par ailleurs, maintenir une politique économique extérieure autonome qui soit crédible, ce qui implique des limites très claires aux mesures de renforcement de l'AELE qui nous paraissent acceptables. Il serait, en effet, contre toute logique de faire dans le cadre de l'AELE, quels que soient la nécessité et même l'impératif de son renforcement, des concessions sur des questions essentielles que nous n'acceptons pas, s'agissant d'une éventuelle adhésion à la Communauté européenne, et que nous ferions dans le cadre de l'AELE. Pourquoi? Pour, en quelque sorte, détourner la difficulté de la question d'une adhésion à l'AELE (cette difficulté se posant à l'intérieur de l'AELE pour les pays neutres) en la remplaçant par une sorte d'enthousiasme pour une AELE d'un nouveau style, supra-nationale: une AELE qui présenterait tous les problèmes que posent la Communauté et notre adhésion à cette même Communauté, sans en présenter tous les avantages. Vous le savez si vous avez lu le rapport du Conseil fédéral.

Ce qui est une démarche lucide de la Confédération a pu, ici ou là, être interprété comme une volonté de freinage; nous disons simplement: concevons l'AELE pour ce qu'elle est, renforçons-en le cadre. Mais nous ne saurions passer sous silence les arguments logiques, de nature politique essentiellement, qui, en l'état actuel des choses, valent contre une adhésion de la Suisse à la Communauté, et nous affilier, comme chat sur braises, à une AELE prenant ses décisions à la majorité, une AELE réellement supra-nationale.

Vous en conviendrez, il y a là une appréciation de l'intérêt et des valeurs engagées, qui doit nous conduire nécessairement à être tout simplement en accord avec le droit international, avec un certain nombre de définitions, et c'est ce qui a pu apparaître, ici ou là, comme une volonté de freiner le mouvement de renforcement de l'AELE. La Suisse soutient ce mouvement totalement, pour autant qu'il reste dans les limites de la structure et de la définition de l'AELE actuelle.

**Mühlemann:** Herr Bundespräsident, es besteht kein Zweifel, dass das Parlament hinter Ihrer geradlinigen Haltung am EFTA-Gipfel in Kristiansand stehen wird und steht. Hingegen darf ich mir doch folgende Zusatzfrage erlauben:

Am 17. Januar dieses Jahres hat Präsident Delors eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er die EFTA aufforderte, geschlossen zu bleiben, ein eindeutiger Partner für die EG zu sein, sich in einem übergeordneten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu vereinigen und dort Probleme zu bewältigen, die in Brüssel allein nicht gelöst werden können. Er hat auch davon gesprochen, die osteuropäischen Länder einzubeziehen. Wir sind etwas verwundert, dass die nordischen Staaten diese suggestive Anregung, diese gescheitete Initiative von Delors, nicht aufgenommen haben.

Darf ich Sie fragen: Beabsichtigen Sie, die Frage von Delors in der EFTA erneut zur Diskussion zu stellen?

**Sager:** Sie unterstreichen zu Recht die Notwendigkeit für die Schweiz, eine unabhängige Aussenhandelspolitik zu führen. Auf diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen, ob Sie eine praktikable Alternative für die Schweiz zur Mitgliedschaft in der EFTA oder zu einer hypothetischen Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften sehen. Wenn Sie diese Alternative nicht sehen, sind Sie nicht auch der Ansicht, dass es für die Schweiz klüger wäre, partiell – nur partiell – unsere Souveränität bezüglich der Aussenhandelspolitik im Rahmen einer gestärkten EFTA aufzugeben oder im Rahmen einer Mitgliedschaft bei den Europäischen Gemeinschaften ganz zu opfern?

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: Ces deux questions doivent nous appeler, en réalité, à de très longues considérations, car elles sont fondamentales.

Pour résumer, je veux dire, premièrement, à M. Mühlemann, qu'il est manifeste que, du côté de la Communauté, une des explications du discours et de l'intervention de Jacques Delors tient au fait que l'on souhaite pouvoir consacrer le maximum de temps et de force à l'accomplissement du processus intérieur. A cet égard, cette démarche un peu harcelante de six pays de l'AELE, qui prennent chacun leur temps d'exposer leurs thèses, peut avoir quelque chose d'incompatible avec le rythme de construction de la Communauté, d'où la volonté d'obtenir un interlocuteur AELE qui s'exprime *uni sono*, facilitant ainsi la tâche de la Communauté.

Quant à la démarche *uni sono*, quant à la volonté de regrouper les opinions de l'AELE avant de partir en éclaireur individuel, la Suisse est totalement d'accord; elle l'a dit et elle a fait des propositions.

Quant à la nécessité même de structurer les contacts à la suite de la proposition Delors entre l'AELE et la Communauté, la Suisse est totalement d'accord; elle est la seule à avoir fait des propositions du style d'un accord-cadre. Ces propositions sont actuellement à l'examen alors que, vous l'aurez remarqué, celles faites à l'époque à Oslo, en particulier pour une union douanière, sont brusquement moins d'actualité, parce que l'on a compris combien elles étaient incompatibles avec cette démarche de l'AELE. Nous choisissons, Monsieur Mühlemann, sans doute, la voie la moins facile, mais la plus responsable et la plus compatible avec nos engagements nationaux et internationaux.

Cela me conduit à dire à M. Sager qu'en effet, une certaine différence d'approche peut apparaître entre divers pays de l'AELE; c'est que la Suisse entend maintenir intact son fameux *treaty-making power*, et qu'elle tient à être maîtresse de sa politique économique internationale, aussi bien à l'égard de l'Europe que, dans le cadre du GATT, à l'égard du monde. Or, je n'imagine pas que nous renoncions à une telle pratique de souveraineté au profit de l'AELE que les membres des Douze, eux, ont partiellement abandonnée au profit de la CEE. Ce serait véritablement ruiner tout un crédit et toute une capacité d'intervention à laquelle nous tenons avec tant d'insistance, vous le savez bien, lorsque l'on sait que près de 40 pour cent de nos exportations atteignent notamment des marchés extra-européens. Dès lors l'alternative qui pourrait logiquement et clairement se poser, serait de savoir à tout prix si des sacrifices doivent être consentis ou non pour envisager à plus long terme l'adhésion à la Communauté, bref, à quelque chose – permettez-moi l'expression – qui en vaille véritablement la peine. Et c'est, à long terme, le sens de la réflexion que les derniers événements nous poussent à compléter.

Les bases et les principes de cette réflexion figuraient dans le rapport du Conseil fédéral de l'été dernier à votre intention sur l'intégration européenne. Le développement des affaires, les réflexions qu'a suscité et que suscitera encore le discours de M. Delors à l'intérieur de l'AELE accélèrent ce processus de réflexion.

**Frage 79:**

**Allenspach. Ausländerpolitik. Traditionelle Rekrutierungsgebiete Main-d'oeuvre étrangère. Pays de recrutement traditionnels**

*Der Bundesrat hat die Neurekrutierung von ausländischen Mitarbeitern auf die sog. traditionellen Rekrutierungsgebiete beschränkt. Die Möglichkeiten, Ausländer aus entfernten Ländern einzustellen, sind gering. Trifft es zu, dass der Bundesrat beabsichtigt, trotz bestehender Eingliederungsschwierigkeiten die Türkei zu den traditionellen Rekrutierungsgebieten zu zählen?*

M. Delamuraz, président de la Confédération: Le Conseil fédéral n'envisage pas, dans l'immédiat en tout cas, d'inclure la Turquie dans les zones traditionnelles de recrutement de la main-d'oeuvre étrangère venant en Suisse. Le Conseil fédéral sait parfaitement que de nombreux Turcs déposent actuellement une demande d'asile dans le seul dessein de venir travailler en Suisse. Cette manière de contourner les dispositions de notre droit relatif aux étrangers – nous le savons aussi – tend à s'élargir. Le Conseil fédéral entend y mettre un terme. C'est pourquoi il a institué un groupe de travail présidé par le directeur de l'OFIAMT chargé d'examiner, comme le canton de Genève le proposait très récemment, si la possibilité de recruter une certaine quantité de main-d'oeuvre en Turquie peut ou non désamorcer la situation dans le domaine de l'asile.

Mais nous n'en sommes, Monsieur Allenspach, qu'aux supputations, qu'aux examens préalables et je connais trop bien la situation actuelle du marché de la main-d'oeuvre pour immédiatement penser que c'est la formule qui nous sauvera, qui réglera le problème des Turcs, le problème de l'asile et également celui de la main-d'oeuvre.

Tout n'est pas si simple et le fait d'être en présence actuellement d'un marché de la main-d'oeuvre en Suisse qui soit totalement asséché, une main-d'oeuvre étrangère en particulier, totalement utilisée jusqu'à la dernière unité, avec la perspective quasi nulle d'augmenter l'enveloppe générale, doit nous inciter à réfléchir à deux fois par rapport à cette dotation, de remplacer notamment des travailleurs en provenance des Etats de la Communauté par des travailleurs turcs, car l'un irait nécessairement au détriment de l'autre. C'est dire que la question ne se pose pas en des termes schématiques et qu'une étude complémentaire est indispensable avant quelque réponse que ce soit en cette matière.

Sachez que le projet d'ordonnance que le Conseil fédéral soumettra, comme chaque année, à la consultation des cantons durant l'été, s'agissant des effectifs de la main-d'oeuvre étrangère en Suisse durant le prochain exercice, ne comprend nullement une proposition de l'ordre de celle que vous avez abordée.

**Allenspach:** Ich möchte Herrn Bundespräsident Delamuraz für seine Antwort danken, vor allem dafür, dass er – mindestens derzeit – keinen Einbezug der Türkei in die traditionellen Rekrutierungsgebiete vorsieht. Es ist eine Kommission unter dem Vorsitz des Biga gebildet worden. Wird diese Kommission die Assimilationsschwierigkeiten, die wir mit türkischen Fremdarbeitern in der Schweiz haben, sowie die Probleme, die sich aus der Europafähigkeit der Schweiz ergeben, auch entsprechend würdigen? Kann von der Erwartung ausgegangen werden, dass der Bundesrat die Türkei auch in Zukunft nicht zu den traditionellen Rekrutierungsgebieten zählt? Ich würde dies begrüßen.

M. Delamuraz, président de la Confédération: Ce que je puis dire à M. Allenspach, en réponse complémentaire, c'est que ce travail sera conduit de manière minutieuse et coordonnée, que les différents intérêts qui sont naturellement et tradition-

nellement en présence dans l'évaluation de ces problèmes seront représentés dans le cadre de cette commission. Toutefois, l'honnêteté intellectuelle me recommande ici de ne pas préjuger des conclusions de groupe de travail et ensuite du Conseil fédéral.

Le moins que je puisse dire, Monsieur Allenspach, c'est que le Conseil fédéral se livre à une analyse minutieuse et très complète des données du problème. Il apprécie en particulier, avec toutes les réserves nécessaires, ce que représenterait l'adjonction de l'apport turc à l'apport traditionnel de main-d'oeuvre étrangère en Suisse et il le fait en pesant l'ensemble des intérêts qui sont en présence, soyez-en assuré.

**Frage 80:**

**Hafner Ursula. Missachtung eines Baustopps durch den Zürcher Regierungsrat Inobservation par le Gouvernement zurichois d'un arrêt du Tribunal fédéral**

*Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat sich über einen Entscheid des Bundesgerichtes hinweggesetzt, indem er trotz Baustopp die Arbeiten am Thur-Sanierungsprojekt weiterführen liess. Die betroffene Flusslandschaft gehört ins Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung, und für die Verbauung war eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangt worden. Wie stellt sich der Bundesrat zum Vorgehen der Zürcher Regierung? Besteht nicht die Gefahr einer Rechtsverwilderung, wenn Behörden eine Verfügung unseres obersten Gerichtes missachten? Welche Möglichkeiten hat der Bundesrat, dem entgegenzuwirken?*

**Frage 81:**

**Schüle. Kanton Zürich. Missachtung einer bundesgerichtlichen Verfügung Inobservation par le Gouvernement zurichois d'un arrêt du Tribunal fédéral**

*Am 6. Juni hat das Bundesgericht den Beschwerden gegen die umstrittenen Uferverbauungen an der Thur aufschiebende Wirkung zuerkannt. Dennoch hat der Kanton Zürich noch eine Woche später diese Bauarbeiten – beispielsweise bei der Brücke Gütighausen – fortgesetzt. Wie beurteilt der Bundesrat dieses Verhalten des Kantons Zürich, der mit seinem Vorgehen das demokratische Rechtsmittel der Beschwerde aushöhlt und möglicherweise irreversible ökologische Schäden anrichtet?*

Bundesrat Ogi: Wir haben uns erkundigt: Der Kanton Zürich hat den Entscheid des Bundesgerichts respektiert und die Bauarbeiten nach dem Urteil aus Lausanne sofort eingestellt. Die von Ihnen kritisierten Massnahmen waren keine Bauarbeiten. Es handelte sich ausschliesslich um Massnahmen zur Sicherung der Baustelle, denn eine Baustelle stellt immer auch eine gewisse Gefährdung dar, vor allem wenn sie unbeaufsichtigt ist. Um eine Gefährdung der Bevölkerung zu vermeiden, führte der Kanton Zürich bis zum 16. Juni Sicherungsarbeiten durch. Von einer Nichtrespektierung des Bundesgerichtsentscheides kann also keine Rede sein.

**Frage 82:**

**Brügger. Bauplatz der N 1 zwischen Avenches und Faoug Chantier de la N 1 entre Avenches et Faoug**

*Auf dem waadtländischen Bauplatz der N 1 in der Gegend von Avenches und Faoug werden gegenwärtig mit offensichtlichen Uebereifer Bauarbeiten grösseren Ausmasses vorangetrieben. Grossflächige Terrassierungen, illegale Einebnungen von Biotopen und Waldrodungen schaffen Sachzwänge, die von betroffenen Bürgern auch als Provokation empfunden werden. Bestimmt werden diese Bauten die bevorstehende Abstimmung über die Kleeblatt-Initiative sowohl in die eine als auch in die andere Richtung beeinflussen.*

*Befürchtet der Bundesrat nicht auch, dass mit diesen in aller Eile vorgezogenen Arbeiten, die nun keineswegs mehr den Charakter von Vorbereitungsarbeiten aufweisen, die N 1 zwischen Murten und Yverdon eines Tages ein schweizerisches Zwentendorf werden könnte?*

Bundesrat **Ogi**: Der Bundesrat hat wiederholt darauf hingewiesen, dass das Einreichen von Volksinitiativen keine aufschiebende Wirkung haben könne.

Nach eingehender Prüfung der Sachlage und Abwägen aller Faktoren sind zwischen dem 13. Juni 1988 und dem 10. Oktober 1988 gewisse Vorbereitungsarbeiten und der Viadukt Bois de Rosset zum Bau freigegeben worden, wobei das Ausführungsprojekt Avenches–Faoug bereits am 7. Dezember 1987 genehmigt worden ist. Die heutigen Arbeiten werden nicht forciert, sondern laufen gemäss den in den Werkverträgen festgelegten Terminplänen, welche einzig auf technischen Bedürfnissen und Gegebenheiten basieren. Im übrigen betrachten der Kanton Waadt und seine Bewohner diese Arbeiten nicht als Provokation.

Ein Präjudiz wird insofern nicht geschaffen, als diese Bauteile auch bei einer allfälligen Annahme der Kleeblatt-Initiative als Bestandteile einer ohnehin nötigen Umfahrung von Avenches im Rahmen der bestehenden Hauptstrasse T 1 Lausanne–Bern dienen würden.

**Brügger**: Anlässlich der Märzsession dieses Jahres, als wir die Motion der LdU-Fraktion behandelten, haben Sie erklärt, Herr Bundesrat, dass keine Arbeiten provoziert würden, die man nachträglich nicht mehr rückgängig machen könnte, dass es sich also um reine Vorbereitungsarbeiten handeln würde. Ich habe Ihre Erklärungen immer zum Nennwert genommen, bin aber heute nicht mehr so sicher, ob er tatsächlich der ehrlichen politischen Absicht entspricht.

Was Herr Suter, Direktor des Bundesamtes für Strassenbau, z. B. letzte Woche bei der Erdölvereinigung gesagt hat – im Grunde genommen sind das hanebüchene Frechheiten Bürgern gegenüber, die ein elementares demokratisches Recht beanspruchen –, verrät zumindest die Geisteshaltung, mit welcher sogenannte notwendige Vorarbeiten überprüft werden.

Sind Sie, Herr Bundesrat, bereit, sich von diesen Äusserungen des Chefbeamten zu distanzieren und ihm zumindest einen entsprechenden Verweis zu erteilen?

Bundesrat **Ogi**: Zunächst zum ersten Teil Ihrer Bemerkung: Die Planungsarbeiten und die Grundlagenbeschaffung sowie die Sicherstellung archäologischer Funde sollen ohne Zeitverzug weitergeführt werden. Ob bauliche Massnahmen vertretbar sind, wird in jedem Einzelfall sensitiv und situativ geprüft werden.

Nicht mehr rückgängig zu machende Handlungen werden nur nach eingehender Interessenabwägung bewilligt. Die Arbeiten werden, wie Sie wissen, in der Regel vom Bundesamt für Strassenbau freigegeben. Um aber hier sehr rücksichtsvoll zu sein, werden diese Arbeiten in Zukunft, was die von der Kleeblatt-Initiative betroffenen Abschnitte anbelangt, vom Departementschef freigegeben.

Was Herrn Suter anbetrifft, so kann ich sagen, dass er aufgrund seiner Aussagen von mir eine Ermahnung erhalten hat. Seine Aussagen waren ungeschickt und entsprachen nicht den Weisungen des Bundesrates.

### Frage 83:

#### Wiederkehr. Holztransporte mit Helikoptern Transports de bois par hélicoptères

*Berichten aus der Bevölkerung zufolge, werden in einigen Kantonen Holztransporte mit Helikoptern durchgeführt, obwohl in unmittelbarer Nähe neue Forststrassen zum Abtransport des Holzes erstellt worden sind.*

*Wer bewilligt solche Flüge und nach welchen Kriterien? Wie erfolgt die Deckung der Kosten?*

Bundesrat **Ogi**: Der Bund hat keine Möglichkeiten, Holztransporte mit Helikoptern zu verbieten. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt erteilt eine allgemeine Betriebsbewilligung zur Durchführung gewerbsmässiger Flüge. Die Luftfahrtgesetzgebung regelt, wer diese Bewilligung erhält. Mit dieser Bewilligung darf auch Holz transportiert werden. Es ist somit Sache des Waldbesitzers zu entscheiden, wie er sein Holz wegtransportieren will. Er trägt auch die Kosten, die entweder nach Flugminuten oder nach Kubikmetern berechnet werden. Schon

aus Kostengründen, Herr Nationalrat Wiederkehr, sind daher Holztransporte mit einem Helikopter die Ausnahme.

88.062

### Zuckerwirtschaft. Bundesbeschluss Economie sucrière. Arrêté fédéral

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 913 hiavor – Voir page 913 ci-devant

#### Art. 15 Abs. 3

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Diener, Ammann, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Borel, Mauch Ursula)

.... abzugelten. Zu diesem Zweck ist eine zusätzliche Abgabe auf importiertem Zucker zu erheben und der entsprechende Mehrerlös auf dem inländischen Zucker abzuschöpfen.

*Antrag Bäumlín Ursula*

(Zu Antrag der Minderheit)

.... Preisen fördern, unter anderem durch den Abschluss ....

#### Art. 15 al. 3

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Diener, Ammann, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Borel, Mauch Ursula)

.... le prix du sucre. A cet effet, une taxe supplémentaire est perçue sur le sucre importé et le montant correspondant à ces recettes supplémentaires est prélevé sur le sucre indigène.

*Proposition Bäumlín Ursula*

(Amendement à la proposition de minorité)

...., à cet effet, il concluera entre autres des accords ....

Frau **Diener**, Sprecherin der Minderheit: Es gibt Märchen, und in diesen Märchen hat man drei Wünsche zugeht. Ich weiss, dass wir hier nicht in einem Märchenpalast sind, aber einen Wunsch hätte ich trotzdem. Ich wünsche mir nämlich, dass Sie bereit sind, noch einmal zuzuhören und alle Argumente, die Sie unterdessen von der Verwaltung, von den Grossverteilern und den Zuckerfabriken erhalten haben, noch einmal beiseite legen und vielleicht zwei, drei Minuten bereit sind, meiner Argumentation zuzuhören.

Vielleicht mögen Sie sich noch an die letzte Debatte erinnern. Es geht um die 40 000 t Zucker, die wir aus den Drittweltländern zu kostendeckenden Preisen importieren möchten, also zu Preisen, die den Bauern in den Drittweltländern eine Existenz garantieren. Es ist auch wichtig festzuhalten, dass dies nicht auf Kosten unserer Agrarproduktion geht; unsere Landwirtschaft ist nicht tangiert. Es geht auf Kosten des Zuckerimports aus den EG-Ländern.

Wenn wir auf das zurückschauen, was in den letzten Jahren im Agrarmarkt passiert ist, müssen wir feststellen, dass die Entwicklungsländer, die einst einen Exportanteil von über 50 Prozent bei den Agrargütern hatten, heute noch knapp 15 Prozent Agrargüter exportieren können, weil wir in unseren Industrienationen Agrarüberschüsse produzieren, die wir mit Subventionen zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt abtosseln. Die Entwicklungsländer verloren wegen dieser Haltung von uns ungefähr einen Drittel ihres gesamten Exporterlöses. Allein vom Zuckerexport haben sie einen Rückgang der Einnahmen

## Fragestunde

### Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.06.1989 - 14:30
Date	
Data	
Seite	916-924
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 438

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.